

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreise, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telephon Nr. 992.

Die Abgabengebühren betragen für die sechsmonatige Periode über dem Namen 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsgebühren 10 Pfg., ausserdem 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer werden bis 9 Uhr vormittags, gebührenlos, in der Expedition abgegeben.

Nr. 214.

Montag, den 13. September 1915.

22. Jahrg.

## Die Deckung der Kriegskosten.

Die Kriegskosten aller kriegführenden Staaten hat bereits im Mai Edmond Thery, der Herausgeber des „Economic Europe“, auf 10 Millionen Franken pro Stunde, 242 Millionen pro Tag und 7250 Millionen Franken pro Monat berechnet. Heute schon sind die Kosten wesentlich höher. Nach den Mitteilungen der englischen Regierung im Unterhaus kostet England den Krieg monatlich 2 Milliarden Mark, und ebenjogroß sind, wie Staatssekretär Helfferich kürzlich im Reichstag konstatierte, die Kriegsausgaben Deutschlands. Man geht nicht zu weit, wenn man die bisherigen Kriegskosten aller kriegführenden Staaten auf 100 Milliarden Mark schätzt, wohlgerneht nur die militärischen Ausgaben. Hierzu kommen noch viele Milliarden, welche als wirtschaftliche Verluste zu buchen sind, für die Kriegsfürsorge und zum Wiederaufbau zerstörter Gebiete gebraucht werden. Auch wenn der Krieg nicht mehr allzulange dauern sollte, dürfte er für alle beteiligten Staaten mit einem Gesamtverlustkonto von 200 Milliarden Mark abschließen. Die Verzinsung und Amortisation dieser Riesensumme, die im wesentlichen sich aus Anleihen zusammensetzt und nach dem Kriege also die Vermehrung der Staatsschulden zum Ausdruck bringen wird, erfordert jährlich etwa 12 Milliarden Mark, wozu noch die Ausgaben für die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Witwen und Waisen gerechnet werden müssen.

Für die Frage, wie diese ungeheuren Schulden abgetragen werden können, ist es zunächst gleichgültig, wie beim Friedensschlusse die Kriegskosten verteilt werden. Nach den Erfahrungen im russisch-japanischen Krieg und im Balkankrieg scheinen die „modernen Kriege“ damit zu enden, daß jeder Teil seine Kosten selbst zu tragen hat. Und der Reichtum ist in den hauptsächlich in Betracht kommenden Staaten heute auch so groß, daß wegen der aufzubringenden Kriegskosten keine Verarmung einzutreten braucht, sofern die Verteilung der Lasten entsprechend der Tragfähigkeit vorgenommen wird. Helfferich schätzte bekanntlich das deutsche Volkseinkommen auf 300 bis 320 Milliarden Mark für die Jetztzeit, gegen 200 Milliarden im Jahre 1895. Das gesamte Volkseinkommen soll in Deutschland vor dem Kriege 42 Milliarden Mark jährlich betragen haben, gegen 25 Milliarden Mark im Jahre 1895. Für die letzten fünfzehn Jahre betrug der jährliche Durchschnitt des Zuwachses des deutschen Volkseinkommens 6 bis 7 Milliarden Mark, für die allerletzten Jahre rund 10 Milliarden Mark. Werden also die Kriegskosten auf die tragfähigen Schultern gelegt, so haben sie im wesentlichen nur zur Folge, daß die Summe der angesammelten Vermögen weniger wachsen wird, als bisher, vorausgesetzt natürlich, daß das Wirtschaftsleben wieder in die Bahnen gelangt, in denen es sich vor dem Kriege bewegte. Die Hälfte des Wehrbeitrages wurde von 16 000 Millionären aufgebracht, deren Lebensniveau sicher nicht im geringsten herabgedrückt werden wird, wenn sie jährlich einen Kriegsbeitrag in gleicher Höhe oder mehr leisten müssen.

Das sind freilich alles nur Schätzungen. Eine genaue Statistik über das Volkseinkommen und das Volkseinkommen besteht nirgends und ist zurzeit auch noch nicht zu erlangen. Die Schätzungen gehen aber sehr weit auseinander, besonders während des Krieges. In einem jeden der kriegführenden Staaten werden jetzt die eigenen Finanzverhältnisse möglichst günstig „geschätzt“, die des feindlichen Auslands dagegen ungünstiger, als es vor dem Kriege der Fall war. Glafer schätzt im Jahre 1911 in der Zeitschrift „Die Bank“ die Summe der Kapitalanlagen Englands im Auslande auf rund 80 Milliarden Mark. In einer Artikelserie in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft kommt Arndt jetzt zu einer Schätzung der im Auslande angelegten englischen Kapitalien von nur 60 Milliarden Mark für 1914. Da die Summe des im Ausland angelegten deutschen Kapitals 25 Milliarden nicht übersteigen dürfte — Helfferich schätzte es auf 20 Milliarden —, so läßt sich, da beide Länder hochentwickelte Industriestaaten sind, immerhin ein Schluß auf das Verhältnis des Kapitalreichtums in England mit dem in Deutschland ziehen. Am weitesten auseinander gehen die Schätzungen über die Vermögen in Frankreich. Nach Thery sollen im Jahre 1907 an der französischen Börse Papiere im Nennwerte von 133,4 Milliarden Frank gehandelt worden sein. Darunter waren 60 Milliarden französische Werte, 13 Milliarden russische Staatspapiere, 49,7 Milliarden sonstige Staatspapiere und 10,6 Milliarden andere Papiere. Im Auslande wären danach 73,4 Milliarden Franken angelegt gewesen, gegen 60 Milliarden französischer Werte. Einen Schluß auf den Reichtum Frankreichs lassen diese Zahlen aber nicht zu. Frankreich ist kein Industrieland, die angesammelten Kapitalien werden deshalb im wesentlichen im Auslande angelegt. Einen großen Reichtum hat Frankreich aber sicher aufzuweisen. Der Reichtum Rußlands liegt in noch ungehobenen Erdschätzen.

Das Bild erhält jedoch ein weniger erfreuliches Gesicht bei Betrachtung der eigentlichen staatlichen Finanzverhältnisse. Die ankommende deutsche Reichsschuld betrug am 1. Otto-

ber 1913 rund 5 Milliarden Mark, heute bereits 30 Milliarden mehr. Die Ausgaben des Deutschen Reichs waren im ordentlichen Etat für 1914 mit 3 405 178 000 Mark eingeseht, ohne die Ausgaben der wirtschaftlichen Unternehmungen, Post, Eisenbahn, Reichsdruckerei, mit 2 482 794 000 Mark. Nun aber sind zur Verzinsung der bisher bewilligten Kriegsanleihen bereits jährlich 1 1/2 Milliarden erforderlich, zur Versorgung der Kriegsinvaliden und der Witwen und Waisen der Gefallenen mindestens jährlich 1 Milliarde, zusammen also jetzt schon 2 1/2 Milliarden Mark — mehr als die bisherigen Gesamtausgaben des Reiches betragen haben! In Frankreich haben sich die Ausgaben des Budgets von 1904 bis 1913 um 1524,1 Millionen Franken vermehrt, während in dieser Zeit an neuen Steuern nur etwa 236 Millionen geschaffen wurden. Das bei Beginn des Jahres 1914 vom Finanzminister Dumont vorgelegte Budget wies bereits ein Defizit von 794 Millionen Franken auf, das nun auf Milliarden gestiegen ist! Von Oesterreich und Ungarn sagt Schwarz im neuesten Heft des Finanz-Archivs, „wenn man die enormen Ausgaben des gemeinsamen Etats in den letzten Jahren betrachtet und sich vergegenwärtigt, daß die Steuerreformen weder in Oesterreich noch in Ungarn recht vom Flecke kommen wollten . . . so muß man zu der Annahme kommen, daß die Liquidierung der Rüstungskosten der letzten Jahre noch nicht beendet sein kann.“ Und nun steigt der Ausgabe-Etat um Milliarden! Die Finanzverhältnisse Rußlands werden von Schwarz im Finanz-Archiv nicht ungünstig beurteilt. Der Ueberschuß des ordentlichen Etats 1912 deckte die Ausgaben des außerordentlichen Etats bis auf 39 Millionen Rubel, was angesichts des Umstandes, daß von letzterem 110 Millionen Rubel für Eisenbahnbauten und 149 Millionen Rubel für außerordentliche Schuldentilgung Verwendung fanden, ein sehr günstiges Ergebnis sei. Auch die Rechnung 1913 soll ein günstiges Ergebnis gehabt haben, der Etat 1914 ließ sich ohne Schwierigkeiten balancieren. Die Kriegskosten werden auf eine besonderes Kriegsbudget gebracht. Das ordentliche Budget wird zwar durch die Zollrückgänge und durch die Aufhebung des Branntweinverkaufs, der der Regierung fast 1 1/2 Milliarden Mark Reinertrag brachte, sehr ungünstig beeinflusst werden, aber bereits hat die Duma ein großes Steuerbudget zur Erledigung erhalten, das die Deckung der Ausfälle bringen soll. Da Rußland in seiner Reichsbank einen sehr großen Goldbestand hat, in den sibirischen Goldgruben mit vervielfachter Arbeiterzahl gearbeitet wird, um den Goldbestand fortgesetzt erhöhen zu können, es den notwendigen Lebensbedarf wohl ganz im Inlande decken kann, wird es ohne Gefahr für seine Währung ziemlich viel mit Papier arbeiten können. Darin liegt das Geheimnis, daß Rußland bisher immer noch das Geld für die Kriegsführung aufreiben konnte. Die russische Staatsschuld, die sich am 1. Januar 1913 auf 8 858 054 000 Rubel belief, wird aber durch den Krieg einen enormen Zuwachs erfahren. Am günstigsten ist bis jetzt England gestellt. Es hat bereits während des Krieges die Einkommensteuer — die erst bei Einkommen über 3000 Mark anfängt — verdoppelt und die Biersteuer und den Teezoll erhöht, wodurch im Jahre eine Mehreinnahme von 1,3 Milliarden Mark erzielt wird. Die Verzinsung der im ersten Jahre aufgenommenen Kriegsanleihe ist in England also bereits durch neue Einnahmen gedeckt.

Dieser Weg, zur Deckung der Kriegsausgaben sofort, schon während des Krieges, neue Steuerquellen zu erschließen, vor allem durch Besteuerung der Kriegsgewinne, ist auch in Deutschland empfohlen worden, leider vergeblich. Die Hoffnung auf eine große Kriegsentwickelung ist kein Fundament, auf das man bauen kann, neue Steuergesetze müssen ja auch unter allen Umständen geschaffen werden. Und hierbei kann nur eins in Frage kommen: die großen Vermögen zur Deckung der Kriegskosten heranzuziehen. Die außerordentliche Vermögenszunahme der letzten Jahre zeigt, daß für die Lasten des Krieges tragfähige Schultern zu finden sind. Allein durch Ausbau der Erbschaftsteuer läßt sich in Deutschland eine jährliche Mehreinnahme von 4 Milliarden erzielen! Diese Forderung, die Reichen und Reichsten, den angesammelten Reichtum für die ungeheueren Kriegskosten heranzuziehen, wird in allen am Kriege beteiligten Staaten vom Volke erhoben werden müssen, und anders lassen sich die großen Summen auch gar nicht aufbringen.

### Von den Kriegsschauplätzen.

Im Osten setzen die Russen jetzt fast auf der ganzen Linie dem weiteren Vormarsch der Verbündeten den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Nur unter schweren Kämpfen ist es möglich, diesen Widerstand zu bezwingen. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß trotz alledem größere Fortschritte zu verzeichnen sind. Zwar kann es vorkommen — wie z. B. an der Sereth-Front in Ostgalizien — daß die

Verbündeten ihre Truppen vor überlegen auftretenden gegenrussischen Kräften zurücknehmen müssen, den endgültigen Vormarsch der Verbündeten werden die Russen aber kaum aufhalten können. Aus alledem aber geht mit unzweifelhafter Sicherheit hervor, daß es verkehrt wäre, die gegenwärtige militärische Kraft der Russen zu unterschätzen. Zweifellos sind sie außerordentlich geschwächt worden; aber immer und immer wieder raffen sie sich zu ernhaftem Widerstand auf.

Während der Debatte in der Reichsduma über die Einkommensteuer erhob der Sozialist Skobelew heftige Angriffe gegen die Regierung, die er nach dem „Rjetsch“ beschuldigte, das Land während des Krieges desorganisiert zu haben. Die Regierung habe keinen Kredit mehr, weder zu Hause noch im Auslande. Die ganze Weisheit des Finanzministeriums bestehe im Druck von Banknoten. Solch eine Politik sei fatal für die Währungsreform. Man spreche von Reformen — ja in Polen seien Reformen eingeführt worden, nachdem ganz Polen vom Feinde besetzt worden sei. Polens Selbstständigkeit sei proklamiert, nachdem nur die polnischen Mitglieder der Duma und des Reichsrates von der polnischen Bevölkerung unter dem Zepher des Zaren übrig geblieben sei. Die Juden hätten Bewegungsfreiheit erhalten, aber erst nachdem sie in großen Scharen aus dem Lande flüchteten. In der Fortsetzung seiner Rede sprach Skobelew von Desorganisationsfaktoren, Dieben und Verrätern. Zuletzt wurde ihm das Wort entzogen. Das ist das einzige Mittel, um solchen unangenehmen Kritikern, die die Wahrheit sagen, den Mund zu stopfen.

In Rußland mehren sich jetzt die Stimmen, welche eine Aenderung des inneren Kuries verlangen. Die Stadträte in Petersburg und Moskau faßten Resolutionen, in denen die Entlassung aller, die für die Fehler mitverantwortlich waren und die gegenwärtige üble Lage herbeiführten, verlangt wird. Sie fordern die Ernennung von Ministern, die das Vertrauen des Landes besitzen. In den Resolutionen heißt es dann weiter: Rußland steht am Scheidewege. Es muß die alten Geleise verlassen und einen Weg einschlagen, der zu neuem Leben und zum Siege führt.

Ueber die politischen Ursachen der Abziehung des Großfürsten Nikolai werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Großfürst versuchte hartnäckigen Widerstand, als die liberale Umformung begann. Auf ihn persönlich sind vor allem die Bestrebungen zur Bildung des Schwarzen Bloks zurückzuführen, der die reaktionären Kräfte sammelte. Es ist kein Geheimnis, daß der Großfürst neuerdings einen Schritt gegen die Duma plante. Noch wenige Tage vor seiner Abziehung veröffentlichte sein Blatt „Petrogradskij Wjedomostj“ einen Aufruf gegen die „geschwächte Duma“, der ungeheures Aufsehen verursachte. Eine Verschwörung gegen das Leben des Großfürsten wird bezeichnenderweise erst jetzt nach seiner Abziehung aufgedeckt. Die Polizei nahm 50 Verhaftungen vor.

Bulgarien soll, wie Sonnino im italienischen Ministerrat mitteilte, eine neue Note des Bierverbandes überreicht werden. Man hat also die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben.

Der englische Gewerkschaftskongreß zu Bristol hatte den Wunsch geäußert, der Geschichtsminister möge persönlich vor dem Kongreß erscheinen, um zu seinem Telegramm über die Frage der Herstellung von Kriegsmaterial weitere Erläuterungen zu geben. Lloyd George entsprach dieser Einladung. In der Sitzung vom 9. hielt er eine Ansprache, worin er sich an die Arbeiter mit der Aufforderung wandte, die erhöhte Leistung an Geschossen noch weiter zu fördern, indem sie die Vorschriften der Vereinsabmachungen außer Kraft setzten. Der Krieg werde mit Material geführt, meinte er. Die Frage, die der Regierung zu lösen aufgegeben sei, gelte einer reinen Arbeitsregelung. Die Gewerksvereine bildeten eine der bedeutendsten Kräfte des Landes. Mit ihnen sei man des Sieges gewiß, ohne sie sei die Sache des Vereinigten Königreichs verloren. „Feldmarschall French erklärte mir,“ fuhr der Minister fort, „noch kürzlich, er habe niemals Truppen gefannt, die größere









Käbiter & Co., Commanditgesellschaft, Hamburg (Marktfelder-Unternehmungen u. a. Kriegslieferungen)

Das sind zwanzig Betriebe, welche für den direkten Kriegsbedarf arbeiteten, nicht besonders ausgewählt, sondern aufgezählt nach den Geschäftsberichten, welche in den letzten Monaten in den Börsenblättern veröffentlicht wurden.

Die Gladbacher Metallindustrie A.-G. vorm. Josten in M.-Gladbach verteilt 20 % Dividende, statt 8 % im Vorjahre. Der Umsatz hat sich von 4.817.000 auf 16.122.000 Mark erhöht.

Table with 3 columns: Dividende 20%, Rücklagen, Unterstufungsrücklage, Verfügungsbestand, Sonderabschreibungen auf Gebäude, auf Grundstücke, auf Maschinen. Rows show 1914/15 and 1913/14 figures.

Bei solcher Bilanzierung ist für das nächste halbe Duzend Jahre noch mit Dividenden von 20 % zu rechnen, selbst wenn der Betrieb mit Kriegsschluss auf Jahre hinaus zum Stillstehen käme.

Ein anderes Beispiel: Die Rathenower Dampfmühle A.-G. verteilt bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark 16 % Dividende.

Die Bilanz weist einen Bruttogewinn von 794.539 (im Vorjahr 382.572) Mark auf. Abschreibungen: 119.321 (39.699), Aufw. des Reservefonds: 96.781 (31.119) etc.

Gleich hinter der Rüstungsindustrie marschieren die Lederindustrie mit ihren Gewinnen. Sie sehen so aus:

Table with 3 columns: Lederfabrik, Lederwerke, Lederfabrik, Lederwerke, Lederwerke, Lederwerke, Lederwerke, Lederwerke, Lederwerke, Lederwerke. Rows show 1914 and 1913 percentages.

Die Firma Adler u. Oppenheimer berichtet von großen Hereslieferungen, welche außer den sehr reichlichen Abschreibungen die hübsche Dividende, die erst noch genau bestimmt wird, bringen.

Die Bremer Wollkammerei verteilt 30 Prozent (im Vorjahr 20 %) die Baumwollkammerei verteilt 20 % (16 %) Dividende.

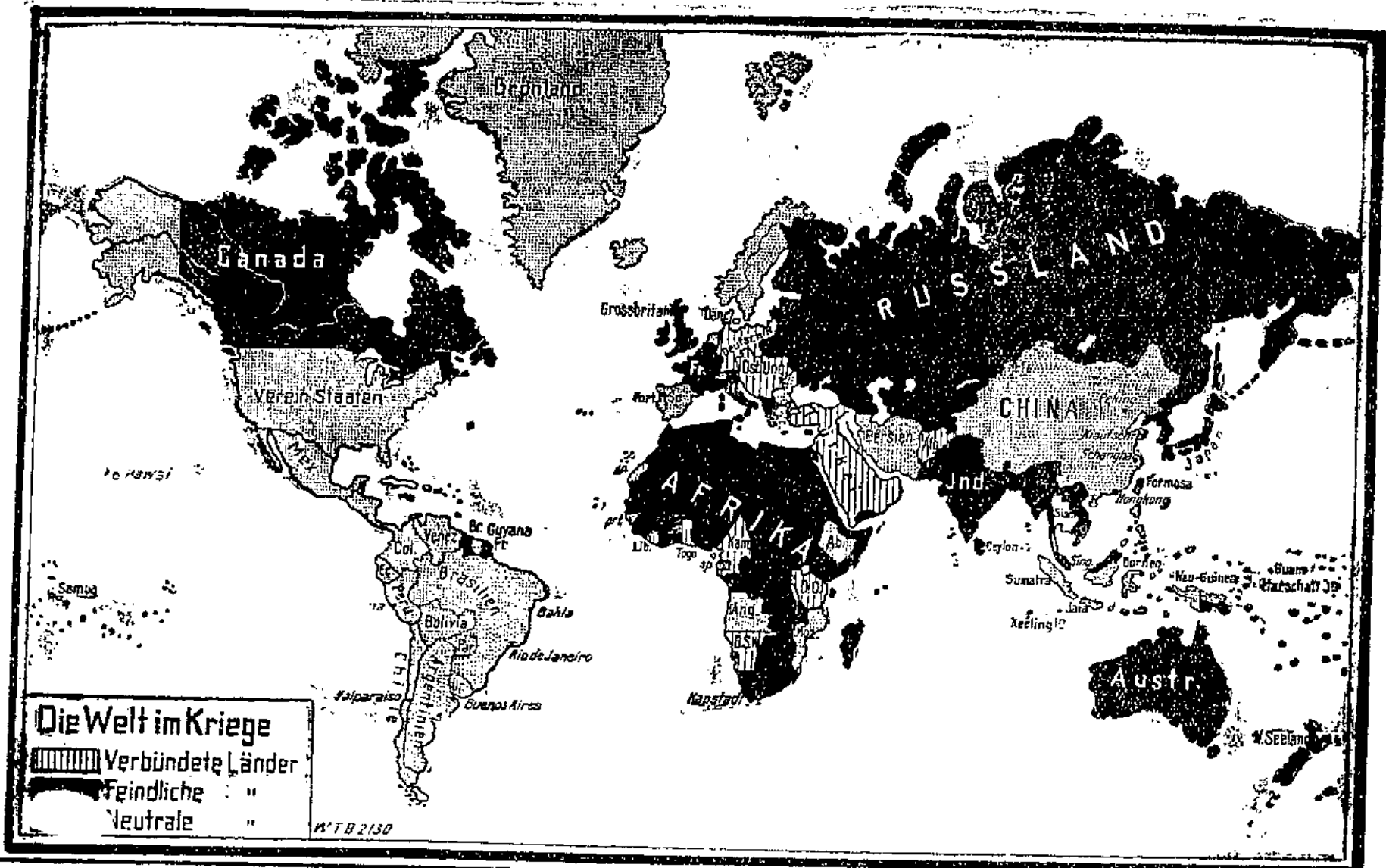
Es kommen noch zahlreiche Industriezweige als direkte Kriegslieferanten in Frage, Maschinenfabriken, Wagen-, Fahrrad-, Automobil-, Gummi-, Chemische Werke etc.

Aus der Partei.

Ein Arbeiterblatt in Peterburg. Einen neuen Versuch mit der Herausgabe eines Arbeiterblattes machen die Petersburger Genossen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Preussische Verlustliste Nr. 325 enthält folgende Truppenteile: Infanterie umf. Garde: 1. Garde-Regiment 1. B., 1. und 2. Garde-Regiment, Garde-Grenadier-Regiment etc.



fahrer-Kompagnie Rüssler des Gouvernements Vibau. - Reserve-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 5; Feld-Maschinengewehr-Bataillon Nr. 48 (i. Inf.-Regt. Nr. 360), 96 (i. Inf.-Regt. Nr. 87) etc.

Pioniere: III. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 24, 29, 30; Bataillone: I. Nr. 2, II. Nr. 4, I. und II. Nr. 5, I. Nr. 15, I. Nr. 16, I. Nr. 26, I. Nr. 27 etc.

Aus dem Gerichtssaal.

Der jähliche Gefängnisretter. Ein Gaunerreich, der nur durch die vielfach vorherrschende Unkenntnis in gerichtlichen Angelegenheiten glückte, lag einer Anklage wegen Diebstahls, Betruges etc.

Obst verkaufe. Einen Druck habe sie nicht ausgeübt. Das Gericht folgte aber der Belandung der Belastungszeugin und verurteilte die Angeklagte zu zwei Tagen Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Mit Petroleum begoffen. Die 38jährige Frau Anna Warenholz, die bei ihrem Vater in Lichtenberg bei Berlin wohnt und in der letzten Zeit in Schwermut verfallen war, schlief sich nachts in die Küche und goß sich den Inhalt einer Petroleumflasche über den Kopf und Körper.

Schlagwetterexplosion bei Langendree. Die Nachricht von einem schweren Grubenunglück durchdrachte in Langendree bei Dortmund aus das ganze rheinische Industriegebiet.

Sonderbare Auffassung eines Bürgermeisters. Ein äußerst drastischer Fall, wie unerfahren mancher Dorfbürgermeister in der Handhabung der Kriegsunterstützung ist, wird aus dem oberfränkischen Krögelstein berichtet.

Die Innungen unter dem Belagerungsstand. Das Reichsgericht hat kürzlich entschieden, daß auch die Versammlungen der Innungen unter der Herrschaft des Belagerungsstandes der Anmeldepflicht unterliegen.

Literarisches.

Das Internationale Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung, Jahrgang 1914, ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienen.